

Sitzungsniederschrift

39. Sitzung des Finanzausschusses

Sitzungsort: Kreishaus Aurich, Raum 1.106, Fischteichweg 7-13, 26603 Aurich		
Sitzungsdatum: 02.03.2016	Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr	Sitzungsende: 15:45 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Thiele, Otto	SPD	
Mitglieder		
Agena, Garrelt	GRÜNE	
Akkermann, Hermann	SPD	
Dirksen, Dieter	CDU	
Gossel, Arnold	CDU	
Griesel, Sigrid	GFA	
Harms, Erich	SPD	Vertretung für Herrn Wiard Siebels
Mitglieder		
Hasbach, Bernd	SPD	
Jeromin-Oldewurtel, Beate	GRÜNE	
Kleinert, Ingeborg	SPD	
Röben, Hinrich	SPD	Vertretung für Frau Antje Harms
Mitglieder		
Strömer, Wilhelm	FW	
Weilage, Udo	CDU	
Grundmandat		
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	Vertretung für Herrn Jan Roß
Verwaltung		
Dettmers, Hanna		Protokollführerin
Saathoff, Irene		Amtsleiterin Zentrale Finanzverwaltung

Weber, Harm-Uwe

Landrat

Nicht anwesend:**Mitglieder**

Harms, Antje SPD

Siebels, Wiard SPD

Grundmandat

Roß, Jan DIE LINKE.

TagesordnungÖffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 22.02.2016
5. Einwohnerfragestunde
6. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016
Vorlage: VIII/2016/042
7. Verschiedenes, Wünsche, Anregungen
8. Einwohnerfragestunde
9. Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil:**TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Vorsitzender Thiele eröffnete um 15.00 Uhr die 39. Sitzung des Finanzausschusses. Er begrüßte die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Presse und die Vertreter der Verwaltung.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Vorsitzender Thiele stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Abgeordneter Rößen nahm für die Abgeordnete Harms, Abgeordneter Harms nahm für den Abgeordneten Siebels und Abgeordnete Seelgen nahm für den Abgeordneten Roß an der Sitzung teil.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Da es keine Einwände gegen die Tagesordnung gab, wurde diese festgestellt.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 22.02.2016

Die Niederschrift über die 38. Sitzung des Finanzausschusses vom 22.02.2016 wurde einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

**TOP 6 Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016
Vorlage: VIII/2016/042**

Vorsitzender Thiele sagte, dass nunmehr die Fraktionssitzungen der Fraktionen stattgefunden haben und bat um die jeweiligen Ergebnisse der Tagungen bezüglich der Beurteilung des vorliegenden Haushaltsplanentwurfes des Landkreises Aurich für das Jahr 2016.

Abgeordnete Kleinert erklärte, dass die SPD-Fraktion der Haushaltssatzung für 2016 zustimmen werde. Ihre Fraktion befürworte, dass die Kreisvolkshochschulen Aurich und Norden jeweils einen Zuschuss in Höhe von 250.000 Euro erhalten sollen. Falls sich heraus kristallisieren würde, dass der beantragte Zuschuss in Höhe von 25.000 Euro für das Europahaus zum Jahresende trotz der neuen Situation erforderlich sei, könne dies im Nachtragshaushalt 2016 beschlossen werden.

Abgeordneter Harms ergänzte, dass diese Vorgehensweise für den Fall sei, dass der Zuschuss trotz der Maßnahmen, die jetzt anlaufen werden, benötigt werde.

Landrat Weber informierte dahingehend, dass das Europahaus acht unbegleitete minderjährige Flüchtlinge unterbringen werde. Das Landesjugendamt habe acht Plätze zur Unterbringung genehmigt. Somit werden die finanziellen Probleme des Euro-



pahauses gelöst und der beantragte Zuschuss vom Landkreis werde höchstwahrscheinlich nicht mehr benötigt.

Abgeordneter Dirksen erläuterte, dass die CDU-Fraktion noch nicht endgültig über den Haushaltsentwurf 2016 beraten habe, aber von Grundsatz her könnte die Fraktion die Entscheidung mittragen, den Kreisvolkshochschulen Aurich und Norden den vorgesehenen Zuschuss zu gewähren. Allerdings solle der Zuschuss mit einem Sperrvermerk versehen werden, und nur dann ausgezahlt werden, wenn bei den Kreisvolkshochschulen ein Defizit entstanden sei. Falls das Europahaus trotz der veränderten Situation einen Zuschuss benötige, könne dies im Nachtragshaushaltsplan 2016 veranschlagt werden.

Abgeordneter Strömer signalisierte ebenfalls die Zustimmung der Gruppe Freien Wähler (FW) zum Haushaltsentwurf 2016 und die Zustimmung zu den Zuschüssen für die Kreisvolkshochschulen, machte aber deutlich, dass diese abhängig sei von der Beantwortung der Anfrage vom 01.03.2016 der Fraktion der Freien Wähler bezüglich der Kreisvolkshochschulen (Anlage 1). Beim Zuschuss für das Europahaus könne seine Fraktion den Vorschlag, die dortige Entwicklung bis zum Jahresende zu verfolgen und ggf. dann bis zu 25.000 Euro zur Verfügung zu stellen, billigen.

Landrat Weber antwortete, dass er heute zu der Anfrage nichts vortrage, aber zur Sitzung des Kreistages werde er zur Anfrage Stellung nehmen, womit sich **Abgeordneter Strömer** einverstanden erklärte.

Abgeordnete Griesel erklärte, dass die GFA/FDP-Gruppe noch abschließend beraten werde, da noch eine Fraktionssitzung ausstehe. Sie nehme den aktuellen Sachstand zum Europahaus zur Kenntnis und es sei in Ordnung, dass ein etwaiger Zuschuss nicht gleich festgesetzt werde. Mit der Bewilligung der Zuschüsse an die Kreisvolkshochschulen könne ihre Fraktion „gut leben“, da die Volkshochschulen die Volksbildung vorantreiben. Ihr Wunsch sei es, dass erzielte Überschüsse in die Tarifangleichung für die Beschäftigten der GmbH fließen. Trotz allem sehe sie den Haushalt 2016 kritisch; die Neuverschuldung sei nicht gut, 18 Millionen Euro seien im Haushalt enthalten, die vorfinanziert werden müssten. Positiv sei, dass der Haushalt ausgeglichen sei.

Abgeordnete Oldewurtel berichtete, dass es in der Klausurtagung der Fraktion der Grünen neben der Betrachtung des Zahlenwerks des Haushalts 2016 eine grundsätzliche Debatte gegeben habe, da in der Haushaltsplanung strategische Ziele fehlen. Laut Gemeindehaushalts- und kassenverordnung sollten im Vorbericht strategische Ziele festgelegt werden und die Umsetzung müsse kontrolliert werden. Verschiedene Landkreise würden dies praktizieren, indem sie im Vorbericht mittelfristige Ziele festlegen. Ihre Fraktion fordere eine generationsgerechte Finanzplanung, so könne ein Ziel lauten, dass die Pro-Kopf-Verschuldung unter den Landesdurchschnitt gesenkt werden solle. Der frühere Landrat Herr Theuerkauf habe Ziele der Verwaltung ausgegeben, was heute nicht mehr statfinde. Die Amtsleiter melden der Kämmerin, welche Mittel gebraucht werden, neue Anträge erhöhen die Ausgaben. Der Haushalt solle ein Instrument der Steuerung darstellen, „wir treiben steuerlos dahin“. Die Fraktion der Grünen werde dem Haushalt 2016 nicht zustimmen.

Abgeordnete Seelgen von der Fraktion „Die Linke“ informierte, dass sie sich am Freitag mit dem Abgeordneten Roß treffen werde. Grundsätzlich stimme ihre Fraktion dem Haushalt zu. Die Entscheidung über die Zuschüsse an die Kreisvolkshochschulen könne mitgetragen werden und die Vorgehensweise bezüglich eines eventuellen Zuschusses für das Europahaus zum Jahresende sei in Ordnung. Sie fordere, dass der



soziale Wohnungsbau so gestaltet werde, dass auch Menschen mit geringen Einkommen die Wohnungen nutzen dürfen. Sie war der Meinung, dass die Kommunen unterfinanziert seien und der Bund und das Land gefragt seien, dieses zu ändern.

Abgeordneter Harms sagte im Hinblick auf die Kritik von der Abgeordneten Jeromin-Oldewurtel, dass die Politiker für die Festsetzung von strategischen Zielen verantwortlich seien und nicht die Leiterin der Finanzabteilung, Frau Saathoff. Frau Saathoff sei schon ausreichend mit den Produkten des Haushalts beschäftigt und erledige die Arbeiten zum Haushalt hervorragend. Zudem sei der Haushalt kein Selbstbedienungsladen und die Mitarbeiter, die Mittel anmelden, seien verantwortungsvolle Mitarbeiter.

Landrat Weber konnte die Aussage vom Abgeordneten Harms unterstreichen.

Lasse man die Zahlen, die die Flüchtlinge betreffen, außen vor, unterscheide sich der Haushalt 2016 im Wesentlichen nicht vom Haushalt 2015. 70 Prozent der Ausgaben entfielen schon auf das Sozialamt, das Jobcenter und das Jugendamt.

Abgeordneter Agena war der Ansicht, dass die festzusetzenden Ziele im Vorbericht von der Politik und vom Landrat zu formulieren seien. Sein persönliches Anliegen sei ein generationsgerechter Haushaltsplan. Ein Ziel könne z. B. sei, die Nettoneuverschuldung zu begrenzen. Er könne nicht zustimmen, wie mit freiwilligen Leistungen umgegangen werde, so moniere er die Ausgabe in Höhe von 135.000 Euro für die Technologietransfer-Agentur Ostfriesland.

Frau Saathoff entgegnete, dass durch die Einführung der Doppik der Haushalt generationsgerechter geworden sei. Durch die Festsetzung der Abschreibungen seien die Belastungen der Folgejahre sichtbar, jede zusätzliche Investition werde im Ergebnishaushalt dargestellt.

Die Pro-Kopf-Verschuldung sage ihrer Meinung nach wenig aus. Hier werde nicht berücksichtigt, wer Schulträger sei, welche Betriebe ausgegliedert seien. So könne z.B. ein hoch verschuldeter Betrieb ausgegliedert werden und schon sei die Pro-Kopf-Verschuldung der Kommune eine andere.

Zur Veranschlagung der Mittel im Haushalt erhalte **Frau Saathoff** von jedem Amt eine Liste, diese vergleiche sie mit dem letzten Jahr und beurteile, was sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten beurteilen könne. Dabei könne sie z.B. die Mittelanmeldung der Sozialhilfe und Jugendhilfe nicht bewerten.

Zur Veranschlagung zusätzlicher Mittel für freiwillige Aufgaben sagte **Frau Saathoff**, dass diese eingeplant wurden, wenn bereits entsprechende Beschlüsse der Fachausschüsse oder des Kreisausschusses vorliegen.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel entgegnete daraufhin, dass ihre Appelle nicht an Frau Saathoff gerichtet seien, sondern an Landrat Weber und an die Politik. Ihre Kritik richte sich nicht gegen Frau Saathoff.

Abgeordneter Dirksen gab zu bedenken, dass allein 10 Millionen Euro ans Krankenhaus fließen und 5 Millionen Euro für den Wohnungsbau den Haushalt 2016 zusätzlich belasten würden. Im Namen der CDU-Fraktion bedankte er sich bei Frau Saathoff.



Frau Saathoff stellte anhand einer Folie die Haushaltssatzung 2016 für den Kernhaushalt vor (Anlage 2). Im Ergebnishaushalt ergebe sich ein Überschuss in Höhe von rund 600.000 Euro. Die Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf rund 13 Millionen Euro. Zur Information, welche Maßnahmen betroffen sind, wurde zuvor die Anlage 3 verteilt (Verpflichtungsermächtigungen 2016). Es wurden vermehrt Verpflichtungsermächtigungen aufgenommen, weil davon ausgegangen werde, dass der Haushalt 2017 wegen der Kommunalwahl spät verabschiedet werde. Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermassnahmen werden mit 19 Millionen Euro veranschlagt. Die Höhe der Liquiditätskredite werde auf 80 Millionen Euro festgesetzt. Nach Rücksprache mit dem Ministerium für Inneres und Sport sei diese Erhöhung in Ordnung, da aufgrund der erhöhten Belastung durch die Flüchtlingssituation ein Mehrbedarf an Liquidität entstehe (z.B. Vorleistungen für zugewiesene Asylbewerber und für Notunterkünfte). Zudem werde die UEK gGmbH derzeit mit Kassenkrediten versorgt.

Abgeordneter Strömer erkundigte sich, ob die UEK gGmbH nur vom Landkreis Kassenkredite erhalte, was Frau Saathoff bestätigte.

Frau Saathoff legte eine Folie mit den wesentlichen Produkten im Haushaltsplan 2016 auf (Anlage 4) und erläuterte, dass sich nur im Teilhaushalt Ordnungsamt ein Produkt im Vergleich zum Haushaltsplan 2015 verändert habe. Hier sei nunmehr aufgrund der aktuellen Flüchtlingsproblematik das wesentliche Produkt „Ausländer- und Staatsangehörigkeitsrecht“.

Abgeordnete Griesel fragte im Zusammenhang mit der Umwandlung von Kassenkrediten in langfristige Kredite nach dem Schuldenstand zum 31.12.2015 und den Haushaltsresten.

Frau Saathoff antwortete, dass der Stand zum 31.12.2015 122,5 Millionen Euro betrage, was sie aber noch genau prüfen werde. (Anmerkung zum Protokoll: Versehentlich wurde der Stand zum 01.01.2015 vorgetragen. Schuldenstand zum 31.12.2015: 136.489.507 Euro.)

Vorsitzender Thiele fasste zusammen, dass die Beschlussfassung zur vorgelegten Fassung der Haushaltssatzung mit zwei Zusätzen versehen sei. Die Kreisvolkshochschulen erhalten jeweils 250.000 Euro Zuschuss bzw. so viel, wie zur Verlustabdeckung erforderlich sei und ein etwaiger Zuschuss für das Europahaus werde zum Jahresende beraten und ein eventueller Nachtragshaushalt aufgestellt.

Abgeordneter Strömer betonte, dass seine Fraktion unter Vorbehalt zustimme, da er die Informationen zu der gestellten Anfrage in der Sitzung des Kreistages erwarte.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, fasste der Finanzausschuss gemäss der Beschlussvorlage Nr. 42 folgende Beschlussempfehlung:

Die Haushaltssatzung des Landkreises Aurich für das Haushaltsjahr 2016 einschließlich des Investitionsprogramms für die Haushaltsjahre 2016 bis 2019 wird in der vorgelegten Form beschlossen. Die wesentlichen Produkte werden in der vorgelegten Form festgelegt. Die Finanzplanungsdaten für den Zeitraum bis 2019 werden zur Kenntnis genommen. Dem Stellenplan des Landkreises Aurich für das Haushaltsjahr 2016 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 7 Nein-Stimmen: 2 Enthaltungen: 4

➔ **mehrheitlich beschlossen**

TOP 7 Verschiedenes, Wünsche, Anregungen

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 8 Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 9 Schließung der Sitzung

Vorsitzender Thiele schloss die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer um 15.45 Uhr.

gez. Thiele

Vorsitzender

gez. Dettmers

Protokollführerin